



KOMMUNIQUE

Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure
Berlin, 20./21. November 2004

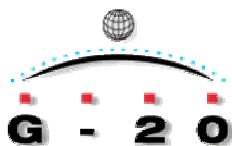
1. Wir, die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20, kamen in Berlin zu unserem sechsten Treffen zusammen. Dieses Treffen bestätigte das wachsende Bewusstsein gemeinsamer Zielsetzungen, Überzeugungen und Verantwortung, das sich in den letzten Jahren in der G20 entwickelt hat.
2. Wir begrüßten die günstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft mit hohem Wachstum bei niedrigen Inflationsraten. Wir erwarten, dass das makroökonomische Umfeld auch im kommenden Jahr günstig bleibt. Viele Länder führen Strukturreformen zur Förderung nachhaltigen Wachstums und finanzieller Stabilität durch. Aufgrund von Ölpreisschwankungen, anhaltenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten und geopolitischen Spannungen haben die Risiken jedoch zugenommen. Die Kooperation zwischen Erdölproduzenten und -konsumenten zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung, Investitionen zum Ausbau der Ölförderkapazitäten, mehr Transparenz auf dem Ölmarkt, höhere Energieeffizienz und eine stärkere Nutzung alternativer Energiequellen werden dazu beitragen, Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Weltwirtschaft zu erhöhen und mittelfristig moderatere Preise zu erzielen. Darüber hinaus erörterten wir die Auswirkungen der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage auf die ärmsten Länder und die Beeinträchtigung ihrer Entwicklungsperspektiven. Wir unterstrichen die Bedeutung mittelfristiger Haushaltskonsolidierung in den Vereinigten Staaten, anhaltender Strukturreformen zur Wachstumsbeschleunigung in Europa und Japan sowie von Maßnahmen für größere Wechselkursflexibilität in den asiatischen Schwellenländern, gegebenenfalls unterstützt durch anhaltende Finanzsektorreformen.
3. Wir bekräftigten erneut unsere in Morelia eingegangene Verpflichtung, die Umsetzung des Monterrey-Konsenses und der Millenniums-Entwicklungsziele in Industrie- und Entwicklungsländern zu fördern. Wir begrüßten die jüngsten Arbeiten von Weltbank und IWF zu Notwendigkeit und Mechanismen der Entwicklungsfinanzierung.
4. Wir waren uns einig, dass unser gemeinsames Ziel, Wohlstand und Beschäftigung in unseren Ländern zu erhöhen, weltweit starkes und anhaltendes Wachstum voraussetzt. Daher fand ein eingehender Meinungsaustausch über wachstumsfördernde Strategien statt. Gestützt auf unsere jeweiligen Erfahrungen und unsere Gespräche über die Schaffung institutioneller Grundlagen im Finanzsektor, regionale Kooperation und Integration sowie demographische Herausforderungen haben wir uns heute auf mehrere gemeinsame Grundsätze für die nationale Politik geeinigt, die bei konsequenter Umsetzung und unter angemessener Berücksichtigung landesspezifischer Umstände zur Förderung dauerhaften Wirtschaftswachstums beitragen würden. Wir werden diese G20-Übereinkunft unter anderem durch die in der beigefügten G20-Reformagenda genannten Maßnahmen in die Tat umsetzen und die bei der Umsetzung erzielten Fortschritte regelmäßig überprüfen. Wir sind uns darüber einig, dass derartige politische Reformen in eine stabile und wirksame internationale Finanz- und Handelsarchitektur eingebettet sein müssen, die gerechten Marktzugang ermöglicht. Diesbezüglich sind wir entschlossen, einen zügigen Abschluss und eine erfolgreiche Umsetzung der Doha-Runde herbeizuführen.
5. Gestützt auf unseren Erfahrungsaustausch der letzten zwei Jahre wiesen wir insbesondere darauf hin, dass ein starker inländischer Finanzsektor zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Verringerung externer Anfälligkeiten unerlässlich ist. Wir kamen überein, dass der Schaffung stabiler und leistungsfähiger Institutionen als Voraussetzung für eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs in angemessenen Schritten hohe Priorität eingeräumt werden sollte. Besondere Aufmerksamkeit ist der Umsetzung der einschlägigen, international anerkannten Standards und

Kodizes zu widmen. Insbesondere verwiesen wir auf die zentrale Rolle der Finanzaufsicht, die sich durch Effizienz, operative Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht der beteiligten Behörden auszeichnen sollte. Wir begrüßten die Bemühungen der Weltbank um die Ausarbeitung von Grundsätzen und Leitlinien für wirksame Insolvenzverfahren und Gläubigerrechte und würdigten die Bestrebungen in diesem Bereich, in Zusammenarbeit mit UNCITRAL einen einheitlichen internationalen Standard zu entwickeln, der unterschiedliche Rechtstraditionen berücksichtigt. Wir stellten fest, dass stabile und leistungsfähige Zahlungssysteme für die finanzielle Infrastruktur von zentraler Bedeutung sind, und betonten die Rolle der Notenbanken bei der Bereitstellung und Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten. Wir begrüßten die Bemühungen des IWF, der Weltbank und anderer, die Schaffung eines institutionellen Rahmens sowie den Aufbau von lokalem Know-how zu fördern und waren uns über die Bedeutung einer engen Abstimmung solcher Aktivitäten einig.

6. Wir erzielten Einigkeit darüber, dass regionale Kooperation und Integration für Volkswirtschaften wichtige Schritte in Richtung einer Öffnung für globale Handels- und Finanzströme sowie einer schrittweisen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sein können. Wir hoben hervor, dass regionale Zusammenschlüsse unter angemessener Berücksichtigung multilateraler Zielsetzungen konzipiert werden sollten. Während Handel historisch gesehen der erste Schritt in Richtung regionaler Integration ist, hoben wir die Schaffung regionaler, integrierter Finanzmärkte für Anleihen und Finanzdienstleistungen hervor. Der Abbau von Hemmnissen für ausländische Direktinvestitionen im Finanzsektor, innerhalb des erforderlichen Ordnungsrahmens, kann, bei angemessen schrittweisem Vorgehen, die Stabilität und Leistungsfähigkeit nationaler Finanzsysteme erhöhen. Wir sind uns einig, dass den G20-Ländern als systemrelevanten Volkswirtschaften in ihren Regionen eine besondere Verantwortung zukommt. Wir verpflichten uns, bei der Förderung regionaler und globaler Integration eine Führungsrolle zu übernehmen.
7. Angesichts des demographischen Wandels in allen Teilen der Welt nahmen wir eine Einschätzung der Entwicklung unserer jeweiligen Länder und der sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik vor. Da die Haushalte aller G20-Länder in den kommenden Jahrzehnten durch den demographischen Wandel belastet sein werden, ist uns durchaus bewusst, dass eine Konsolidierung der Haushalte und weitere Strukturreformen erforderlich sind. Die kurzfristigen politischen Herausforderungen gestalten sich jedoch in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Die Länder, die zuerst mit alterungsbedingten Problemen konfrontiert sein werden, müssen einen größeren Teil ihrer Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in das Erwerbsleben integrieren, die individuelle Lebensarbeitszeit verlängern und lebenslanges Lernen einführen. Die Länder, deren Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wachsen wird, bevor sich die problematischen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung zeigen, sollten die Investitionen in Humankapital und Infrastruktur erhöhen und gleichzeitig eine solide Haushaltspolitik verfolgen. Wir betonten die Bedeutung eines stabilen und effizienten internationalen Finanzsystems, das den reibungslosen Kapitalfluss zwischen Regionen mit unterschiedlichen demographischen Entwicklungsstadien ermöglicht. Wir sind entschlossen, die Überwachung der wirtschaftlichen Herausforderungen einer alternden Bevölkerung und der entsprechender Politikmaßnahmen zu stärken, und fordern den IWF auf, im Rahmen seiner Artikel-IV-Konsultationen regelmäßig – etwa alle vier Jahre – eine eingehende und umfassende Analyse dieser langfristigen Herausforderungen und politischen Antworten durchzuführen. Darauf gestützt wird die G20 demographische, migratorische und andere langfristige Herausforderungen regelmäßig auf globaler Ebene beobachten.
8. Wir bekräftigten erneut die Bedeutung einer internationalen Finanzarchitektur, die Anreize für eine nachhaltige Politik und einen umsichtigen Umgang mit Risiken schafft. In diesem Zusammenhang begrüßten wir die zwischen Emissionsländern und Vertretern des Privatsektors erzielten Ergebnisse über „Grundsätze für stabile Kapitalströme und gerechte Umschuldung in Schwellenländern“. Derartige, von uns grundsätzlich unterstützte Grundsätze, bilden jetzt und bei ihrer zukünftigen Weiterentwicklung eine gute Grundlage für eine verstärkte Krisenvermeidung und höhere Planungssicherheit bei der Krisenbewältigung.
9. Wir bekräftigten unsere Entschlossenheit, den Missbrauch des internationalen Finanzsystems in all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Zu diesem Zweck haben wir uns verpflichtet, die hohen

Standards der Transparenz und des Informationsaustauschs für Steuerzwecke einzuhalten, die vom OECD-Steuerausschuss (CFA) entwickelt wurden und in der beigefügten Erklärung dargestellt sind. Wir werden uns dafür einsetzen, die hohen Standards zu Transparenz und effektivem Informationsaustausch rechtlich verbindlich umzusetzen, z.B. durch Abkommen über Auskunftsaustausch, und rufen alle jene Finanzzentren und andere Staaten und Gebiete inner- und außerhalb der OECD, die diese Standards noch nicht übernommen haben, dazu auf, unserem Beispiel zu folgen und die erforderlichen Schritte zu unternehmen, insbesondere indem sie Zugang zu Bankinformationen und zu Informationen über die Eigentumsverhältnisse an juristischen Personen ermöglichen.

10. Auch wenn wir seit dem 11. September 2001 Fortschritte bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erzielt haben, gibt es noch viel zu tun. Regionale, FATF-ähnliche Gremien werden voraussichtlich eine wichtige Rolle bei unseren Bemühungen spielen, wir begrüßen die kürzlich erfolgte Gründung einer eurasischen Gruppe zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (EAG). Wir sehen der baldigen Aufnahme Chinas in die FATF entgegen. Wir sind entschlossen, die überarbeiteten 40 FATF-Empfehlungen sowie die FATF-Sonderempfehlungen umzusetzen. Wir begrüßten auch die Entscheidung von IWF und Weltbank, umfassende Analysen zu Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in ihre reguläre Tätigkeit aufzunehmen. Wir sind uns einig darüber, dass wir uns den Herausforderungen, mit denen wir durch illegale Bargeldkuriere und die Nutzung des informellen Sektors für Heimatüberweisungen konfrontiert sind, stellen müssen, und unterstützten die derzeitigen Bemühungen der FATF um eine wirksamere Behandlung dieser Probleme. In diesem Zusammenhang begrüßten wir die neue FATF-Sonderempfehlung IX zu Bargeldkurieren und drängen auf deren effiziente Umsetzung.
11. Wir haben der deutschen Regierung für die exzellente Leitung der G20 in diesem Jahr und die gelungene Ausrichtung dieses Treffens gedankt. Wir werden unsere Arbeit im Jahr 2005 unter chinesischem Vorsitz fortsetzen und begrüßen die Einladung Chinas zu unserem nächsten Treffen in Peking. Ferner sind wir heute übereingekommen, dass im Jahr 2006 Australien den G20-Vorsitz innehaben wird.



Berlin, 21. November 2004

G20-ÜBEREINKUNFT FÜR DAUERHAFTES WACHSTUM

Stabilität, Wettbewerb und Chancengleichheit

Mobilisierung der Wirtschaftskräfte für ein zufrieden stellendes langfristiges Wachstum

Wir, die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20, haben das gemeinsame Ziel, in unseren Ländern Beschäftigung, Wohlstand und Entwicklung zu fördern. Wir sind überzeugt, dass zur Erlangung dieses Ziels sowohl national als auch global ein starkes, dauerhaftes Wirtschaftswachstum erforderlich ist. Daher haben wir ausgehend von unseren jeweiligen Erfahrungen die Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum erörtert und sind der Auffassung, dass sich der nationalen Politik drei Aufgaben stellen: Schaffung und Wahrung von Währungs- und Finanzstabilität; Förderung des nationalen und internationalen Wettbewerbs sowie die Förderung der Möglichkeiten der Menschen, am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Transparenz und Verantwortlichkeit innerhalb eines international vereinbarten Rahmens bleiben entscheidend, um dauerhaftes Wirtschaftswachstum und Stabilität auf globaler Ebene zu gewährleisten. Wir haben uns auf folgende Schlüsselemente geeinigt, die unsere nationale Wirtschaftspolitik in Zukunft leiten sollen. Bei der Umsetzung dieser Elemente müssen mikroökonomische Aspekte ausreichend berücksichtigt werden. Da diese Grundsätze miteinander verzahnt sind, müssen sie unter Berücksichtigung möglicher Zielkonflikte und Wechselwirkungen konsequent umgesetzt werden, zumal viele Einzelemente die positive Wirkung anderer eventuell hemmen können. Eine angemessene und glaubwürdige Politik ist die Grundlage für Wirtschaftswachstum, sie muss jedoch durch leistungsfähige Institutionen unterstützt werden, einschließlich ethischer Standards für gute Unternehmensführung. Die politischen Entscheidungsträger sollten parallel zur Durchführung von Reformen Institutionen schaffen und dabei sicherstellen, dass diese den Anforderungen eines sich wandelnden Umfelds gerecht werden. Angesichts der Vielfalt an institutionellen Rahmenbedingungen sowie des Erfolgs unterschiedlicher Wirtschaftsstrategien in den einzelnen G20-Ländern gibt es allerdings kein Patentrezept für starkes, langfristiges Wachstum. Die Politik muss auf die jeweiligen Umstände der einzelnen Länder abgestimmt sein. Die in diesem Sinne unternommenen Anstrengungen werden ihr Potenzial in einem günstigen internationalen Umfeld, insbesondere im Rahmen einer stabilen und effektiven internationalen Finanz- und Handelsarchitektur, welche Länder bei der Umsetzung dieser Grundsätze unterstützt, voll entfalten.

Währungs- und Finanzstabilität

- Preisstabilität ist für nachhaltiges Wachstum unerlässlich, da sie der Investitions- und Spartätigkeit förderlich ist. Inflation ist destabilisierend und wirkt sich ausgesprochen negativ auf die einkommensschwache Bevölkerung aus. Deflation lässt die Gewinne schrumpfen, wirkt investitionshemmend und führt zur Zurückstellung von Ausgaben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine unabhängige Notenbank langfristig zum Ziel der Preisstabilität beiträgt.
- Haushaltsdisziplin ist gleichermaßen wichtig. Aufgabe der Haushaltspolitik ist es, die öffentlichen Ausgaben und die Verschuldung auf einem vertretbaren Niveau im Verhältnis zu den gesamtwirtschaftlichen Daten zu halten, um eine Behinderung des Wirtschaftswachstums durch Verdrängungseffekte, erwartete Steuererhöhungen und Inflationsdruck zu vermeiden. Die Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben und das Steuersystem sollten auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ausgerichtet sein, ohne dabei Investitionen und Beschäftigung zu hemmen. Die demographischen Herausforderungen können eine zusätzliche Konsolidierung und Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben, einschließlich Reformen zur Sicherung der Tragfähigkeit der

staatlichen Rentensysteme, erforderlich machen. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen sind transparente Haushaltsverfahren unabdingbar.

- Der inländische Finanzsektor muss Wirtschaftsschocks standhalten können, ohne systemische Störungen hervorzurufen, die die Allokation von Ersparnissen zu Gunsten von Investition sowie die Abwicklung des Zahlungsverkehrs in der Wirtschaft beeinträchtigen. Eine übermäßige Kreditaufnahme in Fremdwährung für inländische Zwecke wurde als eine Hauptursache für internationale Finanzkrisen ausgemacht. Währungsinkongruenzen könnten durch eine Stärkung der inländischen Bankensysteme und Kapitalmärkte gemindert werden. Ein starker inländischer Finanzsektor kann den Bedarf an Fremdwährungskrediten verringern und mit für ausländische Anleger attraktiven Anlageinstrumenten in Inlandswährung eine Alternative zur Außenfinanzierung anbieten. Der Umsetzung der einschlägigen international anerkannten Standards und Kodizes ist hohe Priorität einzuräumen.
- Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs erzeugt wesentliche Effizienzgewinne und Vorteile für das Wirtschaftswachstum. Allerdings sollten die Länder, die ihren Kapitalverkehr noch nicht vollständig liberalisiert haben, dabei umsichtig vorgehen, um eine übermäßige Volatilität der Kapitalströme zu vermeiden. Ein umsichtiger Ansatz stützt sich dabei auf eine solide gesamtwirtschaftliche Politik und schrittweise Deregulierung des inländischen Finanzsektors bei gleichzeitiger entsprechender Stärkung des Aufsichtsrahmens. Die Beseitigung der Beschränkungen des Kapitalverkehrs sollte in angemessenen Schritten erfolgen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Länder, die die Unabhängigkeit der Geldpolitik anstreben und gleichzeitig eine umfassende Liberalisierung ihres Kapitalverkehrs vornehmen, parallel dazu die Wechselkursflexibilität erhöhen sollten.

Förderung des Wettbewerbs auf nationaler und internationaler Ebene

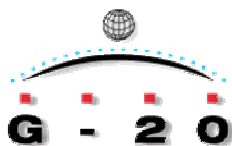
- Wettbewerb ist die treibende Kraft des Wirtschaftswachstums, da er Effizienz steigert und Innovationsimpulse gibt. Auch ist er eine Grundvoraussetzung für eine starke Investitionstätigkeit. Sorgsam konzipierte Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung des internationalen Geschäftsverkehrs sind wichtige Instrumente zur Wettbewerbsförderung. Zur Sicherstellung von Wettbewerb und funktionierenden Märkten müssen jedoch über effiziente institutionelle Rahmenbedingungen die richtigen Anreize geschaffen werden. Insbesondere sollten sich die politischen Entscheidungsträger eine Stärkung und Durchsetzung der geistigen und sonstigen Eigentumsrechte, des Vertragsrechts, der Konkursverfahren und kartellrechtlichen Vorschriften zum Ziel setzen. Darüber hinaus gilt das Gebot der guten Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung.
- Die weltweite Handelsliberalisierung ist ein wesentliches Instrument zur Wachstumsförderung, da sie zu einer effizienten Ressourcenallokation führt. Während die Anpassungskosten der Handelsliberalisierung gebührend zu berücksichtigen sind, sollten die politischen Entscheidungsträger weltweit auf der Grundlage multilateraler Verpflichtungen den Prozess entschlossen vorantreiben. Bilaterale und regionale Vereinbarungen, die mit multilateralen konsistent sind, können ebenfalls zur Handelsliberalisierung beitragen.
- Flexible Arbeitsmarktbedingungen sind unerlässliche Eckpfeiler zur Erlangung einer hohen Beschäftigung und Erwerbsquote. Sowohl das Lohnniveau als auch die Arbeitszeit müssen auf Markterfordernisse reagieren können, entsprechend länderspezifischen Umständen. Eine flexible Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen muss Hand in Hand gehen mit der Schaffung von Möglichkeiten und Anreizen für den Qualifikationserwerb bzw. -ausbau, der Mobilitätsförderung von Arbeitskräften, Stärkung von Beschäftigungsanreizen im formellen Sektor und dem Abbau von Informationsasymmetrien.
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) spielen in einer dynamischen Wirtschaft eine wichtige Rolle, da sie maßgeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Absorption und Anpassung neuer Technologie und zur Stärkung des Unternehmertums beitragen. Die Politik kann KMUs mittels

Gleichbehandlungsgarantien und Zugang zu Finanzdienstleistungen, Risikokapital, Innovationsnetzwerken und öffentlichen FuE-Programmen unterstützen.

- Ein insgesamt günstiges Investitionsklima mit entsprechender Infrastruktur ist der inländischen Kapitalbildung förderlich und somit auch für ausländische Direktinvestitionen attraktiv. Ausländische Direktinvestitionen sind im Allgemeinen ein starkes Instrument zur Förderung von Wettbewerb und Wachstumspotenzial. Zum einen begünstigen sie den internationalen Wissenstransfer und steigern somit unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit des Empfängerlandes. Zum anderen können sie die Produktivität der heimischen Wirtschaft verbessern, da sie die Imitation neuer Technologien anregen.

Teilhabe der Bevölkerung und Armutsbekämpfung

- Die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Produktivkräfte setzt voraus, die Möglichkeiten für eine größere Teilhabe am Wirtschaftsleben des Einzelnen zu schaffen. Wirtschaftliche Chancengleichheit ermöglicht die Eigen- und Familienversorgung und kann somit zum Abbau von Armut und sozialen Spannungen beitragen. Bildung und Ausbildung sind Grundvoraussetzungen, da sie die Chancen auf einen Arbeitsplatz verbessern und die Produktivität erhöhen. Die umfassende Bereitstellung qualitativ hochwertiger Primär- und Sekundarbildung sollte Aufgabe des Staates sein, sie legt den Grundstein für eine erfolgreiche Tertiärbildung. Ein höheres Bildungsniveau kann auch die Qualität der Regierungsführung verbessern, da eine gebildete Bevölkerung eher in der Lage ist, gute Regierungsführung und solide Institutionen zu fordern.
- Umfassender Zugang zu einem breiten Spektrum an Finanzdienstleistungen und der Abbau von Hindernissen für kleine Unternehmen, wie z.B. die Dauer die zur Gründung eines Unternehmens erforderlich ist, sind von wesentlicher Bedeutung, weil sie Unternehmertum fördern und die Eingliederung in den formellen Sektor der Wirtschaft erleichtern.
- Beschäftigung ist die erste und beste Absicherung vor sozialer Ausgrenzung, gleichzeitig bedarf es sozialer Netze, um die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit abzufedern. Darüber hinaus handelt es sich bei Elementen der sozialen Infrastruktur wie sauberes Wasser, Hygiene und medizinische Grundversorgung um öffentliche Güter, deren Bereitstellung sich positiv auf die Wohlfahrtsförderung und das Potenzialwachstum auswirkt. Die Sozialpolitik muss so gestaltet werden, dass sich die Marktmechanismen wirksam entfalten können.



Berlin, 21. November 2004

G20-REFORMAGENDA

Vereinbarte Maßnahmen zur Umsetzung der G20-Übereinkunft für dauerhaftes Wachstum

Wir, die Finanzminister und Notenbankgouverneure, haben zur Umsetzung unseres G20-Konsenses für nachhaltiges Wachstum in konkrete politische Maßnahmen für unsere Länder nachstehende Reformagenda verabschiedet. Auf unserem nächsten Treffen in China 2005 werden wir über die bis dahin erzielten Fortschritte Bilanz ziehen.

Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, ihr öffentliches Haushaltsdefizit abzubauen, weitere Reformen bei der Kranken- und Rentenversicherung durchzuführen und die Spartätigkeit der Privathaushalte zu erhöhen. Kanada konzentriert sich auf die Erhöhung des Lebensstandards durch Produktivitätssteigerung. Das Land verfolgt weiterhin eine Politik des Haushaltsausgleichs und nimmt derzeit eine Überprüfung der Ausgaben vor, um Mittel für neue Prioritäten freizugeben. Die lateinamerikanischen Mitglieder verfolgen weiterhin umfassende Strukturreformen und eine solide Haushaltspolitik. Darüber hinaus setzt Argentinien die Umstrukturierung des Bankensektors fort und wird sein Finanzsystem auf möglichen Verbesserungsbedarf hin überprüfen. Brasilien wird weiterhin makroökonomische Stabilität gewährleisten und gleichzeitig mikroökonomische Reformen fortsetzen und Infrastrukturinvestitionen steigern, um das Wachstumspotenzial zu erhöhen. Das Land räumt der Stärkung inländischer Finanzmärkte Priorität ein, um dadurch einem größeren Teil der Gesellschaft wirtschaftliche Chancen zu eröffnen. In Mexiko werden die öffentlichen Ausgaben im sozialen und Infrastrukturbereich im Rahmen einer soliden Haushaltspolitik verstärkt. Durch die Stärkung und Modernisierung des Finanzsystems sollen mehr Investitions- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichten sich, weitere Reformen der Arbeitsmärkte durchzuführen, die Staatsfinanzen und Rentenversicherung zu konsolidieren sowie die Innovationskraft zu steigern und den Binnenmarkt zu vollenden. Deutschland wird die Steuerreform vollenden, die Arbeitsmarktreforemen uneingeschränkt umsetzen, die Gesundheits- und Rentenreform weiterführen sowie die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherstellen. Frankreich setzt die Arbeits- und Produktmarktreforemen fort und wird die Tragfähigkeit der Finanzen mit Umsetzung der jüngsten Renten- und Gesundheitsreforemen sowie weiteren Sparmaßnahmen wiederherstellen. Italien wird weitere Reformen zur Erhöhung des Wettbewerbs auf Produkt- und Dienstleistungsmärkten durchführen. Um sein nachhaltige Wachstumsrate zu erhöhen, wird das Vereinigte Königreich Reformen auf Arbeits-, Produkt- und Kapitalmärkten umsetzen und in öffentliche Dienstleistungen investieren, gestützt auf einen makroökonomischen Rahmen, der langfristige Stabilität gewährleistet.

Für Russland besteht die größte Herausforderung darin, die Grundlage für umfassenderes und nachhaltigeres Wachstum mit hoher Rate zu schaffen. Im Mittelpunkt stehen dabei Reformen des Bankensektors und der Rechtssysteme. Die Türkei hält an ihrem soliden Haushaltskurs fest, setzt die Privatisierung fort und wird Reformen im Bankensektor, im sozialen Sicherungssystem und im Steuersystem durchführen sowie das allgemeine Geschäftsklima verbessern.

Zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung konzentriert sich die südafrikanische Regierung auf Infrastrukturinvestitionen, die Erhöhung der Spartätigkeit sowie Bildung und Ausbildung. Darüber hinaus will Südafrika vorrangig die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes steigern. Saudi-Arabien setzt seine Bemühungen um Diversifizierung seiner Wirtschaftsstruktur fort und wird die Entwicklung des Privatsektors unterstützen sowie das Geschäftsklima für ausländische Investoren

verbessern. Infrastrukturinvestitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen für die Jugend und Entwicklung des Sekundärmarkts für Anleihen sind ebenfalls prioritär.

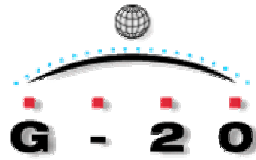
Ein übergreifendes Ziel in Süd- und Südostasiens ist die Verbesserung des Investitionsklimas, insbesondere durch ordnungspolitische Reformen. In Indien besteht die Herausforderung darin, das Haushaltsdefizit zu reduzieren und zugleich ausreichende Mittel für Infrastruktur und ländliche Entwicklung zu mobilisieren. Reformen des Steuersystems und der öffentlichen Verwaltung sind hier wichtige Anliegen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und besserer Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge sind weiterhin wichtig. Indonesien konzentriert sich weiterhin auf die Verbesserung des öffentlichen Schuldenmanagements und die Optimierung des ordnungspolitischen Rahmens zur Förderung der Finanzmarktstabilität sowie die Bewältigung von Problemen in der öffentlichen Verwaltung.

Australien wird Betriebsverfassungen flexibler gestalten, um bestehende Beschäftigungsmöglichkeiten auszubauen, die Steuer- und Einkommenssicherungssysteme verbessern, um die Erwerbsquote stärker zu fördern, und weitere mikroökonomische Reformen vorantreiben.

Japan setzt sein Reformprogramm fort, einschließlich Maßnahmen für weitere Reformen des Finanzsystems (z. B. durch den Abbau notleidender Kredite) und zur Förderung der Privatisierung (z. B. bei Postdienstleistungen und durch ordnungspolitische Reformen), und wird sich entschlossener mit der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen befassen.

China wird weiterhin die Reformen der Staatsvermögensverwaltung und der Staatsbetriebe vertiefen, die Entwicklung der Privatwirtschaft fördern sowie die Stellung der Landwirtschaft als volkswirtschaftliche Grundlage konsolidieren und stärken. Außerdem wird das Land die Reformen der Finanz-, Steuer- und Investitionssysteme sowie des Beschäftigungs- und Einkommensverteilungssystems fortsetzen, die sozialen Sicherungssysteme verbessern sowie die Reformen des Verwaltungssystems und der Wirtschaftsrechtsordnung verstärken. Korea wird die Umstrukturierung des Unternehmenssektors zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Stärkung des inländischen Finanzsektors fortsetzen, die Arbeitsmarktreform weiter verfolgen sowie Anstrengungen zum Aufbau eines effizienten sozialen Sicherungssystems unternehmen.

Alle G20-Mitglieder sind weiterhin entschlossen, die Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft zu verbessern. Sie ermutigen die Handelsminister, mit gutem Willen zusammenzuarbeiten, um die WTO-Verhandlungen so schnell wie möglich erfolgreich abzuschließen.



G20-ERKLÄRUNG ZU TRANSPARENZ UND INFORMATIONSAUSTAUSCH FÜR BESTEUERUNGSZWECKE

Wir, die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20, sind entschlossen, gute Regierungsführung zu fördern und die illegale Nutzung des Finanzsystems in all ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen. Daher setzen wir uns für Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke ein. Dies sind unerlässliche Voraussetzungen für gleiche und gerechte Verhältnisse in unseren Ländern ebenso wie für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Finanzsysteme müssen Vertraulichkeit im Geschäftsleben respektieren, Vertraulichkeit darf illegalen Aktivitäten keinen Vorschub leisten. Wird der Zugang zu Informationen für Besteuerungszwecke verweigert, so hat dies erhebliche negative Auswirkungen. Es ermöglicht die Umgehung der gesetzlichen Steuerpflicht und ist ehrlichen Steuerzahlern gegenüber ungerecht. Internationale Investitionsentscheidungen, die auf seriösen Geschäftsüberlegungen anstatt auf der Umgehung von Steuergesetzen basieren sollten, werden dadurch verzerrt. Die G20 betrachtet es daher als Ausdruck ehrlichen internationalen Engagements, wenn Länder Praktiken aufgeben, die andere Länder an der Durchsetzung ihres jeweiligen Steuersystems hindern.

Wir haben uns deshalb auf die hohen Standards zu Transparenz und Informationsaustauschs für Steuerzwecke verpflichtet, wie sie im OECD-Musterabkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen vom April 2002 niedergelegt sind. Wir fordern alle Länder zur Übernahme dieser Standards auf.

Hohe Transparenzstandards setzen voraus, dass die Behörden Zugang zu Bankinformationen und zu anderen Finanzdaten haben, über die Finanzdienstleister verfügen, sowie zu Informationen über die wirtschaftlich an allen Arten von Rechtsträgern Berechtigten. Hohe Standards für den Informationsaustausch erfordern die Verfügbarkeit dieser Informationen für den Austausch mit anderen Ländern in Besteuerungs- und Strafverfahren. Der Informationsaustausch in Steuersachen sollte nicht durch den Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit in Steuerstrafsachen oder durch ein mangelndes inländisches Besteuerungsinteresse in einem Besteuerungsverfahren beschränkt werden. Für die Verwendung und Offenlegung ausgetauschter Informationen müssen angemessene Geheimhaltungsbestimmungen bestehen. Daher sollte der Informationsaustausch durch gesetzlich abgesicherte Vereinbarungen umgesetzt werden, die die ausschließliche Verwendung dieser Informationen für zugelassene Steuerzwecke vorsehen, um so den Schutz der Rechte des Steuerpflichtigen und die Vertraulichkeit von Steuerdaten zu gewährleisten.

Wir rufen alle Länder mit Finanzzentren dazu auf, die von der OECD aufgestellten hohen Standards zu akzeptieren und umzusetzen, um so ein internationales Finanzsystem schaffen zu können, das nicht durch mangelnde Transparenz und fehlenden wirksamen Informationsaustausch in Steuersachen verzerrt wird. Diejenigen Länder, die diese Standards einhalten, müssen darauf vertrauen können, dass sie dadurch nicht benachteiligt werden; und die Finanzzentren in Ländern, die sich diesen Standards verweigern, dürfen dadurch nicht profitieren.

Daher unterstützt die G20 ausdrücklich die Bemühungen des *Global Forum on Taxation* der OECD, hohe Standards für Transparenz und Informationsaustausch für Besteuerungszwecke zu fördern und ein Kooperationsforum zu bieten, in dem sich alle Länder für die Schaffung gleicher, auf diesen Standards basierender Wettbewerbsbedingungen einsetzen können.